



iran-report

Nr. 12/2004

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Versammlung der Reformer / UN-Resolution zu Menschenrechtsverletzungen in Iran / Justiz klagt gegen „Atomspione“ / „Wenn wir zehn Frauen hinhängen, gibt es keine Prostitution mehr“ / Parlamentssitz für Iraner im Ausland / 350 Millionen Dollar für die Basidjis / Langjährige Haftstrafe für Yazdi / Verschärfte Angriffe auf die Zivilgesellschaft

II. Wirtschaft

Zum ersten Mal: Iran deckt Eigenbedarf an Getreide / Briten: Einfluss auf iranischen Markt / Gasproduktionsanlage in Betrieb / Benzinimport für 1,3 Milliarden Dollar

III. Außenpolitik

Einigung im iranischen Atomstreit / Konservative machen Front gegen die Vereinbarung mit EU-Staaten / Erklärung der Parlamentsabgeordneten / Die Argumente der Gegner / Neue Warnung aus Washington / Powell: USA ohne Umsturzplan für Iran / Powell und Charrasi im Gespräch / Revolutionsführer Chamenei kritisierte die islamischen Staaten / Iran würdigt Arafats „herausragende Rolle“ im Kampf gegen Israel



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 01/2005 Anfang Januar) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Dezember 2004

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

3. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Versammlung der Reformier

Am 25. November haben sich führende Reformier zum dritten Mal seit den Parlamentswahlen vor sechs Monaten versammelt. Das Treffen kam auf Initiative des Ex-Parlamentspräsidenten Mehdi Karrubi zustande. Karrubi hatte die Abgeordneten des abgewählten Parlaments, in dem die Reformier die Mehrheit hatten, eingeladen. Es war erstaunlich, dass nahezu sämtliche Abgeordnete trotz tiefer Differenzen und Zerwürfnisse, die inzwischen im Lager der Reformier aufgetreten sind, an dem Treffen teilnahmen. Zwar hatte Karrubi die Versammlung als „freundschaftliches Treffen von Kollegen“ deklariert, doch den Teilnehmern war bewusst, dass es sich hier um eine hochpolitische Veranstaltung handelte.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Wahl des Staatspräsidenten im Mai nächsten Jahres, der Atomkonflikt und die Beurteilung der Arbeit des neuen, von Konservativen beherrschten Parlaments.

Bezüglich der Präsidentschaftswahlen haben bisher sowohl die Reformier als auch die Konservativen noch keinen Kandidaten genannt. Wie bereits berichtet (s. IR 11-04) hatten sich die Reformier auf Mirhossein Moussavi, den Gefährten Chomeinis, der zu Lebzeiten des Revolutionsführers acht Jahre lang das Amt des Ministerpräsidenten innehatte, geeinigt. Doch Moussavi hatte, aus Gründen, die er bislang nicht erläutert hat, die Kandidatur abgelehnt. Ein zweiter Kandidat, auf den sich alle Gruppen und Parteien, die dem Reformlager angehören, einigen könnten, ist nicht in Sicht.

Karrubi selbst, der immer wieder in diesem Zusammenhang ins Spiel gebracht wird, nahm bei dem Treffen auf Drängen der Journalisten zu seiner Kandidatur Stellung und sagte, er habe sich noch nicht entschieden. Man müsse die Entwicklung der nächsten Monate abwarten. Auch andere prominente Reformier äußerten ähnliche Ansichten. Sollte sich die außenpolitische Krise, die vor allem auf den Konflikt um das iranische Atomprogramm sowie auf die Politik Irans in Afghanistan und im Irak zu-

rückzuführen ist, weiterhin verschärfen, sollten die USA nach der erfolgten Wiederwahl Präsident George W. Buschs eine schärfere Gangart gegenüber Iran einlegen und die EU-Staaten dieser Politik folgen, würde Iran in eine Notsituation geraten, die auch innenpolitisch Konsequenzen haben würde. Es könnte durchaus sein, dass in diesem Fall der Ruf nach einer starken Staatsführung, der auch jetzt schon zu hören ist, lauter werden würde. Solch einer Aufgabe wäre nach Meinung vieler Reformier (die auch viele aus dem Lager der Konservativen teilen) Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandjani am ehesten gewachsen. Rafsandjani hat sich bisher zurückgehalten und gesagt, er würde es vorziehen, wenn jüngere Kräfte die Aufgabe übernehmen würden. Aber: sollte er tatsächlich gebraucht werden, würde er den „Dienst an seinem Volk“ nicht verweigern.

Das Kalkül einiger Teilnehmer bei dem Treffen lautete: Eine Kandidatur Rafsandjanis würde auf jeden Fall das Lager der Konservativen spalten und damit den Reformiern die Möglichkeit geben, sich neu zu organisieren. Offensichtlich ist die Ära Rafsandjanis in Vergessenheit geraten. Es trifft zwar zu, dass Rafsandjani im Bezug auf die Wirtschaft eine liberalere Politik verfolgte als seine Vorgänger, dass er die Grenzen des Landes für ausländische Investitionen öffnete und für die Privatwirtschaft größere Freiräume schuf. Doch von politischer Liberalität und gesellschaftlichen Freiheiten war nichts zu spüren. Im Gegenteil, man denke nur an die zahlreichen Oppositionellen, die während der Regierungszeit Rafsandjanis im In- und Ausland liquidiert wurden.

In Bezug auf den Konflikt um das iranische Atomprogramm stellten einigen Redner beim Treffen mit Genugtuung fest, dass die Sachzwänge auch die Fundamentalisten und Konservativen zu politischer Vernunft zwingen werden. Der frühere Abgeordnete Ahmad Schirzad sagte: „Wir können nicht ständig in der Außenpolitik Krisen heraufbeschwören und Konflikte anheizen. Wir sollten endlich Vernunft walten lassen und unserem Land etwas Ruhe gönnen.“ Nach Schirzads Meinung werden sich mit der Zeit nicht nur die außenpolitischen Ansichten der Reformier durchsetzen, sondern auch die innenpolitischen. Die Vernunft werde das Land in die Freiheit und Demokratie führen, sagte er.



Sein Kollege Djalil Sazgarnejad, der die Veranstaltung moderierte, sagte zum Abschluss des Treffens: „Die Menschen in unserem Land bejahen nach wie vor die Ziele der Reformbewegung und stehen dazu.“ Es könne zwar sein, dass viele die Vorgehensweise und die Methoden der Reformen nicht gutgeheißen hätten, aber „sie sind davon überzeugt, dass die alltäglichen und strukturellen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und außenpolitischen Probleme des Landes nur durch Reformen gelöst werden können.“

UN-Resolution zu Menschenrechtsverletzungen in Iran

Der Dritte Ausschuss der UN-Vollversammlung hat eine durch Kanada eingebrachte und von den USA und den EU-Staaten unterstützte Resolution gegen die Verletzung der Menschenrechte in Iran verabschiedet. 69 Staaten stimmten für, 55 gegen die Resolution, 51 Staaten enthielten sich der Stimme. 15 Staaten waren bei der Abstimmung abwesend. Die Resolution wird der Jahresvollversammlung der UNO zur Verabschiedung vorgelegt.

Peymaneh Hasteh-i, Vertreterin Irans im UN-Ausschuss, bezeichnete die Resolution als „fehlerhaft, manipuliert und unbegründet“ und meinte, sie widerspreche „der Situation der Menschenrechte in der Islamischen Republik“. Dabei wurde Iran mehrmals von der UNO wegen der Verletzung von Menschenrechten verurteilt. Auch UNO-Beauftragte, die die seltene Gelegenheit erhielten, sich vor Ort zu informieren, haben stets über die Missachtung der Bürgerrechte berichtet und die iranische Justiz und den Geheimdienst dafür verantwortlich gemacht. So auch der UNO-Beauftragte Ligabo im vergangenen Jahr.

Letztes Jahr wurde Iran wegen Folterungen und Qual der Bürger, Einschränkung der Meinungsfreiheit, Unterdrückung von Frauen, langjähriger Haftstrafen gegen Dissidenten, Journalisten und Studenten sowie wegen Strafmaßnahmen wie Amputationen und öffentlichen Auspeitschungen und Hinrichtungen verurteilt.

Auch Amnesty International hat im vergangenen August die „zunehmende Verschlechterung“ der Situation der Menschenrechte in Iran beklagt und erklärt, die neue Welle von Festnahmen

und Inhaftierungen von Studenten, Journalisten und Werktätigen sei „besorgniserregend“. In AI-Länderbericht wurde auch der Prozess um die Ermordung der iranisch-kanadischen Fotoreporterin Zahra Kazemi erwähnt, der „offensichtlich so manipuliert war, dass die Justiz ihn von sich aus eingestellt hat“.

Auch das schwedische Außenministerium legte vor wenigen Monaten einen Bericht über die Situation der Menschenrechte in Iran vor, in dem die Zunahme von Hinrichtungen und willkürlichen Urteilen als „besorgniserregend“ bezeichnet wurde.

Justiz klagt gegen „Atomspione“

Einem Bericht des staatlichen Fernsehens zufolge hat ein Richter gegen vier Personen wegen Atom-Spionage Anklage erhoben. Die vier Personen seien bereits für den Irak als Spione tätig gewesen. „Es handelt sich um etablierte Personen, was es schwierig macht, zu glauben, dass sie Spione gewesen sind“, hieß es im dem Bericht.

Bereits im August hatte Informationsminister Ali Yunesi die Verhaftung von „Dutzenden“ von Atomspionen bekannt gegeben. Es blieb unklar, ob die vier Personen, von denen in dem Fernsehbericht die Rede war, zu dieser Gruppe der bereits Verhafteten gehören. Nach Aussagen des Staatsanwalts, Ali Moba-scheri, stützt sich die gegen die vier Personen erhobene Anklage auf feststehende Fakten. Andere Fakten würden noch vom Informationsministerium geprüft.

Weder das Informationsministerium noch die Staatsanwaltschaft haben bisher nähere Angaben zu den Inhaftierten gemacht. Doch die vorliegenden Informationen deuten darauf hin, dass sich die Anklage gegen Mitglieder der Volksmodjahedin richtet. Diese Organisation hatte Mitte der achtziger Jahre, unterstützt von der irakischen Regierung, im irakischen Grenzgebiet zu Iran militärische Stützpunkte errichtet, mit dem Ziel, von dort aus den Sturz des herrschenden Regimes in Teheran herbeiführen zu können. Sie hat auch die Verantwortung für zahlreiche Terroranschläge übernommen, die in den vergangenen Jahren in Iran durchgeführt wurden.

Die Volksmodjahedin behaupten, Iran sei bereits dabei, die Atombombe zu bauen. Sie haben in mehreren Pressekonferenzen geheime Unterlagen und Informationen über das iranische Atomprogramm vorgelegt und sie sowohl an die Internationale Atombehörde (IAEA) als auch an die USA weitergeleitet. Drei Tage nach der Vereinbarung zwischen Iran und den drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien haben sie erneut behauptet, Iran habe im Jahr 2001 hoch angereichertes, waffentaugliches Uran sowie den Bauplan für eine Atombombe von dem pakistanischen Wissenschaftler Abdel Kadir Chan erhalten. Der Atomwissenschaftler hatte für Pakistan die Atombombe entwickelt und vor einigen Monaten gestanden, bestimmtes Material zum Bau von Nuklearwaffen an andere Staaten weitergeleitet zu haben. Den Volksmodjahedin zufolge soll Iran zudem in einem Militärstützpunkt im Nordosten Teherans, der als „Militärisches Technologiezentrum“ bezeichnet wird, ein geheimes Atomprogramm betreiben und Uran anreichern. Ein Vertreter der Organisation, der sich mit dem Namen Hossein Mohadessian vorstellte, behauptete vor Journalisten in Paris, Teheran sei entschlossen im nächsten Jahr mit dem Bau der Atombombe zu beginnen. Er legte auch eine Namensliste von Wissenschaftlern vor, die unter dem Kommando der Revolutionswächter an dem Plan beteiligt sein sollen. Diese Informationen hat die US-Regierung zum Anlass genommen, um erneut zu bekräftigen, dass Iran die Absicht habe, Nuklearwaffen herzustellen. (s. Bericht auf Seite 13)

Die jüngste Bekanntgabe der iranischen Justiz, gegen vier „etablierte“ Personen Anklage erhoben zu haben, erweckt, wie die Tageszeitung Schargh schreibt, den Verdacht, es könnte sich dabei auch um Personen handeln, die aus dem eigenen Machtapparat stammen, nämlich aus den Reihen der Reformern. Es wäre nicht das erste Mal, dass Islamisten führende Köpfe der Reformen der Kollaboration mit den USA bezichtigen. Namentlich wurden in diesem Zusammenhang immer wieder der Bruder des Staatspräsidenten und Vorsitzender der Moscharakat-Partei, Reza Chatami, der frühere Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Außenpolitik und Nationale Sicherheit, Mohsen Mirdamadi und am häufigsten Abbas Abdi genannt. Abdi gehörte zu den Studenten, die 1980 an der Geiselnahme der amerikanischen Botschaftsangehörigen beteiligt waren

und später diese Aktion kritisierten. Bei den von Präsident Chatami eingeleiteten Reformen von oben spielte Abdi eine führende Rolle. Genau aus diesem Grund benutzten die Konservativen jeden Vorwand, um ihn zu denunzieren. Vor zwei Jahren wurde er wegen der Weitergabe der Ergebnisse einer Meinungsumfrage an ausländische Meinungsforschungsinstitute in Haft genommen. Allerdings war damals von Atomspionage nicht die Rede. Ob nun die von der Justiz erhobenen Vorwürfe sich gegen die Volksmodjahedin richten oder im Vorfeld der Staatspräsidentenwahl den Auftakt zu einer groß angelegten Kampagne gegen die Reformen bilden sollen, wird sich bald herausstellen.

„Wenn wir zehn Frauen hinrichten, gibt es keine Prostitution mehr“

Eschrat Schjehg, Abgeordnete aus Täbriz im islamischen Parlament, sagte bei einem Treffen der islamischen Frauenräte in Teheran: „Jedem Richter, der behauptet, es gäbe keine Gesetze, um die Prostitution zu beseitigen, kann ich nur sagen, wenn wir zehn Frauen hinrichten, gibt es keine Prostitution mehr.“

Es scheint, dass die in dieser Legislaturperiode vertretenen weiblichen Abgeordneten im Bezug auf Frauenrechte weit fundamentalistischer eingestellt sind als ihre männlichen Kollegen. Eine Frau ohne Familie sei „keinen Heller wert“, sagte Schajegh und fuhr fort: „In einigen Gesellschaften genießen Frauen keine Achtung, nicht so in unserer Gesellschaft. Das Problem sind die Frauen, die nicht an sich selbst glauben.“

Wenige Tage später dementierte Schjehg ihre Äußerungen. Sie habe gemeint, der Grund für die zunehmende Prostitution seien „verdorbene Frauen“, die beseitigt werden müssten. Diese Aussage sei als „Hinrichtung“ interpretiert worden. „Beseitigung“ und „Hinrichtung“ sei nicht dasselbe.

Parlamentssitz für Iraner im Ausland

Ezatollah Jusefian, Sprecher des Justizausschusses im islamischen Parlament, teilte mit, dass der Ausschuss eine Vorlage diskutiere, wonach iranische Staatsangehörige im Ausland an politischen Entscheidungen des Landes beteiligt werden sollen. Es sei ge-



plant, den „Auslands-Iranern einen Sitz im Parlament zur Verfügung zu stellen.“ Alle Iraner, die keine Verbrechen und Gesetzesverstöße begangen hätten, könnten an der Wahl eines Vertreters teilnehmen bzw. für den Parlamentssitz kandidieren.

350 Millionen Dollar für die Basidjis

37 Parlamentsabgeordnete haben dem Parlament einen Eilantrag vorgelegt, wonach den Basidjis 350 Millionen Dollar aus den Devisenreserven des Staates zur Verfügung gestellt werden sollen. Dieses Geld kommt zusätzlich zu dem, was sie bisher erhalten (die Summe ist unbekannt). Die Organisation der Basidjis, eine Art Volksmiliz, die zu Beginn der Revolution zum Aufbau des Landes gegründet wurde, ist inzwischen zu einer gigantischen Organisation gewachsen, die als eines der wichtigsten Instrumente der Macht eingesetzt wird. Sie ist überall in den Ämtern, an den Schulen und Universitäten, in den Fabriken, auf dem Land und in der Stadt vertreten. Sie organisiert Demonstrationen und Massenaufmärsche und wird überall eingesetzt, wo oppositionelle Aktivitäten zum Vorschein kommen. General Rahim Safawi, Kommandant der Organisation der Revolutionswächter, gab bekannt, dass bis Ende des Jahres die Basidjis über 11 Millionen Mitglieder verfügen werden. „Die Feinde der Islamischen Republik sollten wissen, dass unser Land eine Macht darstellt, die niemanden erlaubt, uns politisch, wirtschaftlich oder auch militärisch unter Druck zu setzen und uns von unserem islamischen Kurs abzubringen“, sagte der General. „Wir werden gewappnet mit der Logik unsres Glaubens, mit der Macht unserer Nation und im Rahmen internationaler Gesetze unseren Weg bis zur Verwirklichung der Ideale unserer Revolution fortsetzen.“

Im neuen Parlament, in dem die Konservativen die absolute Mehrheit haben, stammt ein großer Teil der Abgeordneten aus dem Kreis der Revolutionswächter und der Basidjis. Kürzlich sind zahlreiche Abgeordnete zu einer Parlamentsitzung in der Uniform der Basidjis erschienen. Diese Demonstration sollte nach eigenen Angaben ihre Solidarität mit den Basidjis bekunden. Kein Wunder also, wenn dieses Parlament dieser Organisation alle möglichen legalen und auch illegalen Privilegien zukommen lassen möchte.

In dem Eilantrag heißt es, die zusätzliche finanzielle Hilfe von 350 Millionen Dollar, die aus den Devisenreserven des Staates entnommen werden, sollen für die medizinische Fürsorge, für Dienstleistungen und zur Deckung des Ausrüstungsbedarfs der „Märtyrer der Revolution“ verwendet werden. Der Abgeordnete Hadji Babai erläuterte den Antrag und sagte, das Geld werde für den Kauf von Ausrüstung aus dem Ausland und zur Stärkung der „Truppen und Stützpunkte“ der Organisation benötigt.

Die Erläuterung des Abgeordneten lässt keinen Zweifel darüber aufkommen, dass die 350 Millionen Dollar Devisen für den Kauf von Waffen gedacht sind. Dies ist ein weiterer Schritt der verstärkten Militarisierung des Landes, die seit einigen Monaten zu beobachten ist. Es ist bekannt, dass sich die Macht in Iran nicht allein auf das Militär und die Revolutionswächter stützt, sondern zunehmend auf paramilitärische Organisationen. Dabei stehen die Basidjis an erster Stelle. Offenbar haben die Konservativen die Absicht, diese Organisation mehr als bisher mit Waffen auszurüsten.

Über die tatsächliche Rolle der Basidjis lassen die Kommandeure keinen Zweifel. Abbas Zadeh, Kommandant der Basidjis in der Hauptstadt Teheran, sagte kürzlich: „Wir bilden unsere Mitglieder sowohl für die Zeit militärischer Krisen aus, als auch für Krisen, die nicht militärisch sind.“

Langjährige Haftstrafe für Yazdi

Laut einer Meldung der in Teheran erscheinenden Tageszeitung „Iran“ wurde der frühere Außenminister Irans, Ibrahim Yazdi von einem Revolutionsgericht zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt. Er wurde für schuldig befunden, gegen die nationale Sicherheit verstoßen, gegen die islamische Staatsordnung propagiert und mit oppositionellen Organisationen zusammengearbeitet zu haben. Darüber hinaus wurde ihm illegaler Waffenbesitz und Beleidigung der islamischen Staatsführung vorgeworfen.

Yazdi ist Vorsitzender der halblegalen Partei „Freiheitsbewegung“, der größten Organisation im Lager der „National-Religiösen“. Er gehörte zum engsten Kreis um Ayatollah Chomeini. In



den Monaten, in denen sich der Revolutionsführer vor seiner Rückkehr nach Iran in Paris aufhielt, war Yazdi sein offizieller Pressesprecher. Unmittelbar nach der Revolution im Jahr 1979 wurde er zunächst Stellvertretender Ministerpräsident und danach Außenminister.

In den ersten Jahren nach der Revolution fiel die Freiheitsbewegung, deren damaliger Vorsitzender Ministerpräsident Mehdi Bazargan war, wegen ihrer liberalen Position in Ungnade. Die konservativen Islamisten warfen Bazargan und seinem Kabinett Kollaboration mit den USA vor. Chomeini bezeichnete in einer Fernsehansprache die Liberalen und Nationalisten als gefährliche Feinde der Islamischen Republik und kündigte die Zusammenarbeit auf. Nach dem Tod Bazargans übernahm Yazdi den Vorsitz der Partei. Während führende Mitglieder der Partei immer wieder in Haft genommen wurden, blieb Yazdi bislang verschont. Er bekam sogar Ausreisegenehmigungen für mehrere Reisen nach Europa und in die USA. Im März 2001 wurden zahlreiche Mitglieder der „Freiheitsbewegung“ verhaftet. Yazdi, gegen den ebenfalls ein Haftbefehl erlassen wurde, hielt sich damals in den USA auf. Als er wenige Monate später nach Iran zurückkehrte, wurde er entgegen den Erwartungen nicht festgenommen, aber immer wieder verhört.

Yazdis Verteidiger, Mohammad Ali Dadkhah, erklärte gegenüber der BBC, er habe keinerlei Informationen über das Urteil. Sein Mandant habe von vornherein das Gericht wegen der Abwesenheit von Geschworenen abgelehnt und sei nie zu den Verhandlungen erschienen.

Der Prozess gegen Yazdi hatte am 2. Oktober in Abwesenheit des Angeklagten und seines Verteidigers begonnen. Offenbar wurde auch das Urteil ohne Yazdi ausgesprochen. Die Höhe der Haftstrafe ist bislang unbekannt.

Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi, die Yazdi ebenfalls anwaltlich vertritt, erklärte laut dpa, ihr Mandant sei mehr als fünfzig Mal verhört worden. Dennoch sei unklar, weshalb er konkret angeklagt worden sei.

Yazdi genießt vor allem in Kreisen der National-Religiösen eine große Popularität. Daher ist es fraglich, ob dem Urteil tatsächlich eine Verhaftung folgen wird.

Verschärfte Angriffe auf die Zivilgesellschaft

In den letzten Monaten hat sich der Druck auf zivile Einrichtungen und Personen, die von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen, verstärkt. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat in einer Pressemitteilung vom 10. November berichtet, dass die Versuche der iranischen Justiz, die Freiheit der Meinungsäußerung und Aktivitäten von Vereinen und Menschenrechtsorganisationen einzuschränken, stark zugenommen hätten. Allein in den letzten Wochen seien 25 Online-Journalisten und Aktivisten der Zivilgesellschaft ohne Angabe von Gründen festgenommen worden, darunter Omid Memarian, Mahbubeh Abbasgholizadeh und Hanif Mazrui, deren Angehörige keinerlei Informationen über den Aufenthaltsort der Festgenommenen erhalten hätten.

AI kritisiert auch das verhängte Ausreiseverbot gegen namhafte Verteidiger der Menschenrechte wie Emadedin Baghi, Azam Taleghani und Mohammad Maleki, was darauf hindeute, dass die iranische Justiz den international anerkannten Menschenrechten den Rücken gekehrt habe. Iran habe sich auch geweigert, mit UN-Menschenrechtsbeauftragten, die das Land in den Jahren 2003 und 2004 besucht hätten, zu kooperieren.

Auch zahlreiche regierungsunabhängige Frauenorganisationen haben in einer gemeinsamen Presseerklärung vom 20. November sich über die willkürlichen Verhaftungen von aktiven Mitgliedern regierungsunabhängiger Organisationen (insbesondere Frauenorganisationen) beklagt und die Freilassung der Betroffenen, ihre Sicherheit und die Achtung ihrer Rechte gefordert.

Die Organisationen betonen die bedeutende Rolle der NGOs in modernen Gesellschaften und ihre Rolle innerhalb der iranischen Zivilgesellschaft. Die iranischen Frauenorganisationen seien in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur, Recht, Gesundheit, Umwelt und humanitäre Hilfe tätig und bemüht, die Lebensqualität der Frauen zu verbessern und ihre Fähigkeiten weiter zu entwickeln. Ihr Ziel sei, die Teilnahme der Frauen am gesellschaftlichen Leben zu verstärken.

Umso erstaunlicher sei das Vorgehen der Justiz, die nun begonnen habe, die

NGOs mit dem Vorwurf der „Gefährdung der Sicherheit und Verletzung moralischer Grundsätze“ zu denunzieren, unter Druck zu setzen und allmählich aus dem Weg zu räumen. Jeder Kontakt mit dem Ausland werde als Spionagetätigkeit und Aktivität gegen die nationale Sicherheit dargestellt. Dieses Vorgehen sei nicht nur für die Entwicklung des Landes schädlich, es werde auch dazu führen, dass das Ausland ein negatives Bild von Iran erhält.

II. Wirtschaft

Zum ersten Mal: Iran deckt Eigenbedarf an Getreide

Laut Angaben der Regierung ist Iran seit vierzig Jahren zum ersten Mal in der Lage den Eigenbedarf an Getreide zu decken. Dieser Erfolg wurde im Beisein des Staatspräsidenten Mohammad Chatami gefeiert.

Bis zum Vorjahr gehörte Iran zu den größten Getreideimporteuren der Welt. Der Gesamtverbrauch in diesem Jahr wird auf 11,040 Millionen Tonnen geschätzt. Die Regierung hat bereits 11,164 Millionen Tonnen Getreide von den inländischen Produzenten gekauft. In den vergangenen vierzig Jahren war Iran immer auf den Import von Getreide angewiesen. 1998 betrug der Getreideimport 6,8 Millionen Tonnen. Damit wurde Iran zum größten Getreideimporteur der Welt. In den darauf folgenden Jahren betrug der Import im Durchschnitt 4 Millionen Tonnen.

Die rapide Steigerung der Produktion ist auf hohe Subventionen zurückzuführen, die der Staat in diesem Bereich geleistet hat. Diese betragen in den vergangenen drei Jahren jeweils 245 Milliarden Tuman (245 Millionen Euro) und wurden für das laufende Jahr auf 1110 Milliarden Tuman (11,1 Milliarden Euro) gesteigert. Außerdem wurde der Preis für den durch die Regierung garantierten Kauf von Getreide von 78 Tuman (7,8 Cent) pro Kilo auf 170 Tuman (17 Cent) heraufgesetzt.

Manche Experten sind der Meinung, dass diese Preiserhöhung mehr Bauern dazu ermuntert hat, Getreide zu produzieren. Sie kritisieren diese massive Unterstützung der Getreideproduktion, die zwar zur Produktionssteigerung von Getreide, dafür jedoch zur Vernachlässigung anderer wichtiger Produkte führt. Dem widersprach Staatspräsident Chatami. „Die Deckung unseres Eigenbedarfs an Getreide ist ein großer Erfolg, den wir feiern wollen“, sagte er. „Denn was wir erreicht haben, ist das Ergebnis eines langfristigen Plans, an dem viele Institutionen und nicht zuletzt die Landwirte beteiligt waren.“ Tatsächlich wurde mit diesem Plan, der zur Deckung des Eigenbedarfs führen sollte, vor drei Jahren begonnen. Der Plan sieht vor, in den nächsten sieben Jahren eine Jahresproduktion von 17 Millionen Tonnen Getreide zu erreichen.

**Briten: Einfluss auf iranischen Markt**

Nur wenige Tage nach der geglückten Vereinbarung im Konflikt um das iranische Atomprogramm zwischen den drei EU-Staaten und Iran in Paris haben die Briten neue Initiativen zur Belebung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu Iran gestartet. Am 19. November machte sich eine dreißigköpfige Wirtschaftsdelegation auf den Weg nach Iran. Ziel der Reise war, mit Vertretern der iranischen Regierung und der Privatwirtschaft über neue Investitionsmöglichkeiten und gemeinsame Projekte Gespräche zu führen. Auf dem Programm standen Besuche in Teheran, Kerman, Isfahan und der Insel Kisch.

Die Reise wurde vom Londoner Nahost-Verein, einem regierungsunabhängigen Verein, der auf eine fünfzig jährige Tradition zurückblickt, organisiert. Dass der Besuch unmittelbar nach der Pariser Vereinbarung stattfand, bezeichnete der Delegationsleiter Thomas als „reiner Zufall“. Er betonte jedoch, dass sich das Abkommen auf jeden Fall positiv auf den Besuch ausgewirkt habe. In der Delegation waren verschiedene Bereiche der Wirtschaft und des Handels, wie Bank- und Finanzwesen, Gas- und Ölindustrie, Bauindustrie, Petrochemische Industrie sowie Wasserwirtschaft vertreten. Thomas erklärte, dass der Besuch eher der iranischen Privatwirtschaft gelte, allerdings werde man auch zu Regierungsvertretern Kontakt aufnehmen.

Interessant sei vor allem der Besuch auf der im Persischen Golf gelegenen Insel Kisch, die als Freihandelszone gelte, sagte Thomas. Die Insel biete große Möglichkeiten für Investitionen. Sein Verein werde dort auf jeden Fall ein Büro eröffnen.

Zwei Tage nach der Ankunft der Delegation in Teheran fand in London eine Tagung über britisch-iranische Wirtschaftsbeziehungen statt, an der britische und iranische Vertreter der Regierung und Wirtschaft teilnahmen. Der iranische Botschafter in London, Mohammad Hossein Adeli bekundete das Interesse seines Landes, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien zu intensivieren. „Es besteht kein Zweifel, dass die Zusammenarbeit zwischen London und Teheran nicht nur im Interesse beider Staaten steht, sondern auch dem Frieden und der nationalen Sicherheit der Staaten der Region dient“, sagte er. „Die Ge-

sprache zwischen Teheran und der EU haben gezeigt, dass der politische Wille zu intensiver Zusammenarbeit auf beiden Seiten besteht.“

Die britische Ministerin für Handel und Industrie, Patricia Hewitt, sagte, sie sei davon überzeugt, dass die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Iran und Großbritannien „von Tag zu Tag“ gestärkt würden. Dies sei für beide Staaten von großem Vorteil. Sie wies darauf hin, dass diese Beziehungen in den letzten fünf Jahren gewachsen seien. „Ich denke, Großbritannien bildet heute einen wichtigen Markt für iranische Waren und Dienstleistungen“, sagte die Ministerin. Auch die britischen Unternehmen seien stark daran interessiert, in Iran aktiv zu werden. Ihr Ministerium habe im vergangenen Jahr für rund hundert Unternehmen den Weg nach Iran geebnet. Zum Glück seien die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen nicht einseitig. Der iranische Export nach Großbritannien sei im vergangenen Jahr um 46 Prozent gestiegen.

Auch der iranische Industrieminister Eshagh Djahangiri gehörte zu den Teilnehmern der Veranstaltung. Er hob die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen seines Landes zu Großbritannien hervor und sprach von guten Aussichten für die nahe Zukunft.

Richard Dalton, britischer Botschafter in Teheran, äußerte die Meinung, dass das Abkommen über das iranische Atomprogramm die Voraussetzungen für eine intensive Zusammenarbeit sehr begünstigt habe. Gerichtet an die rund 300 anwesenden Unternehmer sagte er: „Iran bietet nun günstige Bedingungen für Investitionen, auch außerhalb der Ölindustrie.“ Doch das Geschäft mit Iran sei nicht einfach, fügte er hinzu. Man brauche „Geduld und Zeit“. Dalton sagte: „Wenn Sie einen Markt mit guten Zukunftschancen suchen, wäre Iran eine gute Wahl.“

Gasproduktionsanlage in Betrieb

Im Beisein des Staatspräsidenten Mohammad Chatami wurde die abgeschlossene erste Phase der Gasproduktionsanlage in Betrieb genommen. Sie befindet sich im Süden Irans am Persischen Golf. Sachverständige schätzen, dass durch diese Anlage die iranischen Staatseinnahmen um jährlich eine Milliarde Dollar erhöht werden. Chatami



sagte, die Anlage sei das erste große Industrieprojekt, das von iranischen Unternehmen durchgeführt worden sei. „Die iranischen Ingenieure und Fachkräfte haben etwas zustande gebracht, was bis vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre“, fügte der Präsident mit Stolz hinzu.

Das Projekt wurde 1997 durch die „Pars-Gesellschaft“ in Angriff genommen. Es sollte vor zwei Jahren betriebsbereit sein. Doch aufgrund mangelnder Erfahrung und unvorhergesehener Probleme hatte sich die Fertigstellung verzögert.

Das gesamte Gebiet umfasst 14 Trillionen Kubikmeter Gas, das sind 8 Prozent der bekannten gesamten Gasvorkommen der Welt und 50 Prozent des iranischen Gasvorkommens. Hinzu kommen noch 17 Milliarden Barrel Nebenprodukte und 5 Milliarden Barrel Rohöl.

„Dieses Gebiet gehört zu den wertvollsten Schätzen Irans und der Welt“, sagte Chatami. „Es ist in der Lage, zehn Jahre lang den Weltbedarf an Gas zu decken.“

Bijan Zangeneh, Minister für Ölindustrie, sagte, das gesamte Projekt bestehe aus 18 Phasen, wobei die ersten zehn Phasen bereits in Angriff genommen worden seien. Die Verträge für die restlichen acht Phasen würden noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Iran besitzt 28 Trillionen Kubikmeter Gasreserven. Das sind 18 Prozent der bisher entdeckten Gasreserven der Welt. Damit besitzt Iran nach Russland die größten Gasreserven der Welt.

Benzinimport für 1,3 Milliarden Dollar

Nach langen Debatten hat das iranische Parlament den Import von Benzin im Wert von 1,3 Milliarden Dollar bewilligt. Ölminister Bija Zangeneh hatte bei Nichtbewilligung vor Krisen und Unruhen im ganzen Land gewarnt. Diese Äußerung forderte den Protest einiger Abgeordneter aus der Fraktion der Konservativen hervor. Sie warfen dem Minister vor, das Parlament unter Druck setzen zu wollen. Parlamentspräsident Haddad Adel wies die Proteste zurück. Auch der Minister sagte, er sei dazu verpflichtet, das Parlament über die möglichen Folgen von Entscheidungen zu informieren. „Wir alle sitzen in einem

Boot“, fügte er hinzu. „Wenn es Unruhen gibt, sind wir alle betroffen.“

Der Abgeordnete Hassan Sobhani, Vorsitzender des Ausschusses für Planung und Haushalt, sprach sich gegen den Regierungsantrag aus. „Mit diesem Geld können wir Schulen und Krankenhäuser bauen oder Omnibusse kaufen. Wenn wir uns gegen den Antrag entscheiden, werden wir gezwungen sein, weniger Benzin zu verbrauchen. Wir müssen in der Lage sein, der Bevölkerung die Notwendigkeit dieser Einschränkung begreiflich zu machen. Wir haben zu viele Arbeitslose. Es wäre unzulässig, wenn wir für andere Länder, die uns das Benzin verkaufen, Arbeitsplätze schaffen, anstatt uns um unsere Arbeitslosen zu kümmern.“

Der Abgeordnete Delazar widersprach seinem Kollegen. Auch er sei gegen jede Vergeudung der Finanzmittel. Aber man könne die Folgen, die eine Benzinknappheit haben würde, nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die Benzinknappheit sei ein strukturelles Problem, das grundsätzlich gelöst werden müsse. Man könne nicht eine Entscheidung treffen, die sich auf die Gesellschaft schockierend auswirken würde. „Wenn ich an eine Rationierung von Benzin denke, spüre ich ein Beben in meinem ganzen Körper“, sagte Delazar. „Können Sie sich vorstellen, was für ein Schwarzmarkt für Benzin entstehen würde?“

„Das Gerede von einem Schock ist nichts als Lüge“, erwiderte der Abgeordnete Hassan Abutorabi Fard. Er bat das Parlament, eine „revolutionäre Entscheidung“ zu fällen und den Antrag abzulehnen. „Zahlreiche Dörfer haben noch keine Transportwege, um ihre Produkte zum nächsten Markt zu bringen, und wir wollen Milliarden für Benzin ausgeben“, sagte er. Das Benzin, das im Inland produziert werde, sei für die Deckung von 90 bis 95 Prozent des Bedarfs ausreichend. Eine kleine Einschränkung würde keinen Schock erzeugen.

Nach der Debatte entschied sich das Parlament mehrheitlich für den Regierungsantrag. Experten meinen, dass sich das Benzinproblem trotzdem nicht lösen lässt. Früher oder später müsse Iran entweder die Raffinerien im Land modernisieren und weiter ausbauen oder das Benzin rationieren.



III. Außenpolitik

Einigung im iranischen Atomstreit

Nach tagelangen zähen Verhandlungen wurde am 29. November im Konflikt um das iranische Atomprogramm Einigung erzielt. Noch bis zum Vortag drohte das zwischen Iran und den EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien Mitte November getroffene Abkommen zur Lösung des seit langem schwelenden Streits um die Anreicherung von Uran zu kippen. Die iranische Regierung hatte kurz vor dem Beginn der Tagung des Gouverneursrats der Internationalen Atombehörde (IAEO) am 25. November die Atombehörde um Erlaubnis gebeten, zwei Duzend Zentrifugen „zu Forschungszwecken“ in Betrieb halten zu dürfen. Zentrifugen können zur Herstellung von angereichertem Uran verwendet werden, das sowohl in der zivilen Atomkraft als auch zum Bau von Atombomben genutzt wird.

Das EU-Trio wies mit Empörung diese Forderung als Bruch des Abkommens zurück und forderte Iran ultimativ auf, die „vollständige Aussetzung der Urananreicherung und aller damit verbundenen Aktivitäten“ schriftlich zu bestätigen. Andernfalls würden sich die drei Staaten einer Weiterleitung der Akte Irans an den UN-Sicherheitsrat, der gegen das Land Sanktionen beschließen könnte, nicht mehr in den Weg stellen.

Bis zum letzten Tag beharrte Iran auf dem eigenen Standpunkt. Außenamtssprecher Hamid Resa Assefi sagte, die zur Forschung eingesetzten Zentrifugen seien kein Verstoß gegen die Vereinbarung. Man könne keinem Land verbieten, auf dem Gebiet der Atomtechnologie Forschung zu betreiben. Sollte in dem Streit der UN-Sicherheitsrat eingeschaltet werden, wäre das „nicht das Ende der Welt“.

Erst am letzten Abend vor der Entscheidung lenkte Iran ein. In einem Schreiben teilte Teheran der Atombehörde seine Bereitschaft mit, die Forderung nach einer Ausnahmegenehmigung zurückzunehmen. Allerdings wurde vereinbart, dass die Zentrifugen nicht wie ursprünglich vorgesehen versiegelt, sondern von Kameras der IAEA ständig beobachtet werden. Damit wurde der Weg frei für die von Deutschland, Frankreich und Großbritannien eingebrachte und mehrmals geänderte Resolution, die am Ende recht konziliant

ausfiel, einmütig verabschiedet. Darin wird Iran ausdrücklich für die vorläufige Beendigung seines unstrittenen Programms zur Urananreicherung gelobt und gleichzeitig gedrängt, als „vertrauensbildende Maßnahme“ dauerhaft auf die Anreicherung zu verzichten.

Die USA legten gegen die Resolution trotz starker Einwände keinen Widerspruch ein. Allerdings machte die US-Delegationsleiterin Jackie Sanders vor dem Gouverneursrat in Wien klar, dass Washington sich deutlich mehr politischen und wirtschaftlichen Druck auf Iran gewünscht hätte. Nach der Verabschiedung der Resolution haben die USA die internationale Gemeinschaft aufgefordert, wachsam zu bleiben. Die Umsetzung und Überprüfung der Übereinkunft seien entscheidend, sagte der Sprecher des Weißen Hauses, Scott McClellan. Iran habe sich in den vergangenen eineinhalb Jahren mehrfach nicht an Abmachungen gehalten. Die USA werfen Teheran weiterhin vor, an der Entwicklung der Atombombe zu arbeiten. Washington konnte sich jedoch bei den EU-Vertretern nicht mit der Forderung durchsetzen, die Akte Irans an den UN-Sicherheitsrat weiterzuleiten. Irans Staatspräsident Mohammad Chatami bezeichnete die Resolution als eine „Niederlage für diejenigen, die unseren Fall vor den Weltsicherheitsrat bringen wollten“.

Der iranische Chefdelegierte Hossein Moussavian erklärte im staatlichen Fernsehen, die Zentrifugen würden unter Aufsicht der IAEO weiterhin in Betrieb gehalten. Diese Aussage sollte offenbar die Bedenken der Hardliner zerstreuen, Iran sei der IAEO zu weit entgegengekommen.

Dennoch bleibt fraglich, ob die Kompromisse, die die iranischen Verhandlungsführer in Wien eingegangen sind, auch in Teheran Zustimmung finden. Schon der angekündigte Verzicht auf die Urananreicherung hatte vor allem im Lager der Konservativen zu heftigen Reaktionen geführt. Die rechte Presse sprach von „Verschwörung“ und „Verrat“. (s. nächste Seite)

Konservative machen Front gegen die Vereinbarungen mit EU-Staaten

Die zwischen Iran, Deutschland, Frankreich und Großbritannien getroffenen Vereinbarungen zur Lösung des iranischen Atomkonflikts haben sowohl im



Parlament als auch bei manchen führenden Konservativen heftige Proteste hervorgerufen. Dies ist umso erstaunlicher als der iranische Chefunterhändler Hassan Rohani aus den Reihen der Konservativen kommt und er zudem erklärt hat, dass er und seine Mitarbeiter ihre Position mit der gesamten Staatsführung, eingeschlossen der Revolutionsführer, abgestimmt und die Vereinbarungen mit ihrer Zustimmung getroffen haben. Auch Staatspräsident Mohammad Chatami betonte vor Journalisten in Teheran, dass die Vereinbarungen unter Zustimmung des Revolutionsführers erfolgt seien. Dennoch gingen manche Konservative in ihrem Protest soweit, dass sie die Vereinbarungen als Verrat an nationalen Interessen Irans bezeichneten.

Erklärung der Parlamentsabgeordneten

Das Parlament tagte zweimal hinter verschlossenen Türen um den Bericht des Chefunterhändlers Hassan Rohani anzuhören und über die Ergebnisse der Verhandlungen zu debattieren, zumal sich die Vereinbarung mit den EU-Staaten gegen einen Beschluss des Parlaments richtete, in dem die Urananreicherung als „legitimes Recht“ Irans bezeichnet und deren Fortsetzung verlangt wurde. Am Ende der Debatte wurde eine von zahlreichen Abgeordneten unterzeichnete Erklärung verlesen, die wir in Kurzfassung wiedergeben.

Die Abgeordneten betonen, dass das Recht Irans zur Urananreicherung, mit dem Ziel, die Atomenergie friedlich zu nutzen, nicht zur Diskussion steht. „Wir betrachten den Versuch einiger europäischer Staaten, Iran an seinem Bestreben zu hindern, den Brennstoff selbst herzustellen, als kolonialistisch und als einen Versuch, der sich gegen die nationalen Interessen Irans richtet“, heißt es in der Erklärung. Sie schließt mit der ultimativen Warnung: „Angesichts der im Zusammenhang mit den Vereinbarungen bestehenden Unklarheiten und Befürchtungen erklären wir, dass für uns die Sitzung des IAEA-Gouverneursrats am 25. November als Prüfstein dafür gilt, ob die europäischen Verhandlungspartner ihren Verpflichtungen nachkommen werden. Sollten diese Staaten ihrer ersten und selbstverständlichsten Verpflichtung, Irans Akte als erledigt zu betrachten, nicht nachkommen, werden wir als Parlamentsabgeordnete von unserem Recht Gebrauch machen und unsere Regierung

verpflichten, das Programm der Urananreicherung rasch wieder aufzunehmen.“

Die Argumente der Gegner

Die in Teheran erscheinende Tageszeitung Djomhuri Eslami, die als Sprachrohr des Revolutionsführers Ali Chameini gilt, ging in ihrem Leitartikel vom 18. November noch detaillierter auf die Vereinbarung von Paris ein und bezeichnete sie als „Beginn von neuen Verschwörungen“ gegen die islamische Republik. Da die Gegner der Vereinbarungen ähnlich argumentieren, bringen wir im Folgenden eine Kurzfassung des Leitartikels:

Die Zeitung meint, die Vereinbarung habe für die EU sowie für die USA einen großen Stellenwert. Denn zum ersten Mal sei es gelungen, die Islamische Republik durch Druck von außen zu Konzessionen zu zwingen. Das einzige, was Iran bei den Verhandlungen habe gewinnen können, sei die Zusage der Europäer gewesen, die Akte Irans „vorläufig“ nicht an den Weltsicherheitsrat weiterzuleiten. Demgegenüber habe Iran sich bereit erklärt, sämtliche Informationen über sein Atomprogramm offen zu legen, das Zusatzprotokoll zum internationalen Atomsperrvertrag sogar vor einem Beschluss des Parlaments zu realisieren und die Anreicherung von Uran und alle damit verbundenen Aktivitäten für eine unbestimmte Zeit einzustellen.

Es sei erstaunlich, schreibt die Zeitung, dass jene, die für die Vereinbarung verantwortlich seien, immer noch meinen, dass „wir nichts verloren, ja sogar durch die Vereinbarung unsere Beziehungen zu Europa gefestigt haben.“

Der Umgang der Europäer mit Iran sei „beleidigend“ und „unhöflich“ gewesen, fährt die Zeitung fort. Die EU-Staaten hätten sogar öffentlich von einer „Politik von Zuckerbrot und Peitsche“ gesprochen. Sie hätten den Versuch unternommen, den Willen der USA durchzusetzen. Dies sei eine feindliche Politik, der man nicht mit Wohlwollen begegnen könne. Die drei EU-Staaten Frankreich, Großbritannien und Deutschland seien „unglaublich“. Sie hätten sich zunächst als „neutrale Vermittler“ angeboten. Doch später hätten gerade diese Staaten eine Resolution gegen Iran verfasst.



Doch schlimmer als diese Resolution sei das allmähliche Einlenken der iranischen Delegation gewesen, was eindeutig auf Druck von außen erfolgt sei. „Manche behaupten, Iran sei es gelungen, die Politik der USA zu neutralisieren“, schreibt die Zeitung. „Aber das Gegenteil ist der Fall. Der Westen hat gemerkt, dass die Drohungen Erfolg haben. Grund genug, um diesen Kurs fortzusetzen und weiterhin auf uns Druck auszuüben.“

Auch die Internationale Atombehörde habe die „übertriebene Ehrlichkeit“ Irans missbraucht. Sie habe erklärt, sie könne noch nicht ausschließen, dass Iran den Bau von Atomwaffen plane. Angesichts der Tatsache, dass IAEA-Inspektoren insgesamt tausend Stunden die Anlagen untersucht hätten, sei diese „feindselige“ Stellungnahme ein einmaliger Vorgang.

Es sei „vollkommen lächerlich“, dass man einem Land, das reichlich Uran besitzt, das Recht untersagte, dieses zu verarbeiten und anzureichern, meint die Zeitung. Dabei werde laut Atomsperrvertrag jedem Mitglied des NPT dieses Recht ausdrücklich zugesprochen. Es sei nicht nachvollziehbar, warum die iranische Delegation „freiwillig“ auf dieses Recht verzichtet habe. Javier Solana habe die Zustimmung Irans als „Neubeginn“ bezeichnet. „Wohl wahr“, schreibt die Zeitung abschließend. „Ein Neubeginn für neue Verschwörungen.“

Neue Warnungen aus Washington

Einen Tag nach der Pressekonferenz der Volksmodjahedin in Paris, bei der sie zur Bekräftigung ihrer Behauptung, Iran plane den Bau von Nuklearwaffen, neues Beweismaterial vorlegten, bestätigte US-Außenminister Colin Powell teilweise deren Angaben. Auf dem Flug zum Gipfeltreffen der Asiatisch-Pazifischen Zusammenarbeit (APEC) in Santiago sagte Powell: „Ich habe Geheimdienstunterlagen gesehen, die bestätigen, was diese Dissidentengruppe sagt“. Seine Informationen deuteten darauf, dass Iran bestrebt sei, Raketen für die Bestückung mit Atomsprengköpfen zu entwickeln. Daran sei aktiv gearbeitet worden. „Das sollte bei allen Parteien Besorgnis auslösen“, fügte der Minister hinzu. Er sagte aber auch, dass es keinen Beweis dafür gäbe, dass Iran die für den Bau einer Atomwaffe erforderliche Technologie

entwickelt habe. Teheran habe jedoch versucht, Raketen für den Transport von Atomwaffen auszurüsten. „Ich spreche von Informationen, die besagen, dass sie nicht nur diese Raketen haben, sondern ich habe auch Informationen, die nahe legen, dass sie hart daran gearbeitet haben, beides zusammenzubauen“, erklärte Powell.

Doch die Äußerungen des Ministers sind nach Informationen der „Washington Post“ nur durch eine „ungeprüfte, einzelne Quelle“ gedeckt gewesen. Die Geheiminformation sei nicht auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft worden, sagten zwei US-Regierungsvertreter der Zeitung. Zudem habe ein Vermerk darauf hingewiesen, dass diese Information noch nicht einmal den Verbündeten mitgeteilt werden sollten. Allerdings habe US-Präsident George W. Bush teilweise darüber mit dem britischen Premierminister Tony Blair geredet.

Auch EU-Chefdiplomat Javier Solana zog die Äußerungen Powells in Zweifel. Er habe darüber mit dem US-Außenminister gesprochen, sagte er. „Raketen können atomar und nicht-atomar sein. Derzeit haben die Iraner keine Atomwaffen, also ist es ihnen unmöglich, Raketen mit Atomwaffen zu nutzen.“ Allerdings seien die von Iran entwickelten Raketen theoretisch in der Lage, Atomsprengköpfe zu tragen.

Demgegenüber bestätigte US-Präsident Bush Powells Äußerungen und warnte Teheran davor, sein Atomwaffenprogramm fortzusetzen. Diese Stellungnahmen der US-Regierung verdeutlichten noch einmal die Differenzen, die zwischen Brüssel und Washington im Bezug auf die Iran-Politik bestehen. Dennoch richtete Bush auch versöhnliche Worte an die Europäer. „Wir schätzen die Bemühungen von Frankreich, Großbritannien und Deutschland, Iran zu überzeugen, seine nuklearen Ambitionen aufzugeben“, sagte er.

Der stellvertretende Außenminister Richard Armitage sprach sogar von einer Art Arbeitsteilung zwischen Europa und den USA. Die Anreize der Europäer für Iran würden nur funktionieren, wenn die USA hart und standhaft blieben, sagte er dem arabischen Fernsehsender „Al-Dschasira“. Es sei so eine Art Spiel wie „guter Polizist und böser Polizist“. Wenn das funktioniere sei man erfolgreich gewesen.



Doch der harte Kurs der USA gegenüber Iran hat auch die Kritik namhafter US-Politiker hervorgerufen. Der ehemalige US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski sagte dem Online-Magazin „stern.de“, die Entwicklung von Atomwaffen in Iran sei nicht so bedrohlich, wie es die US-Regierung darstelle. Die Ansicht, Atombomben in den Händen fundamentalistischer Mullahs bedrohten den Weltfrieden, bezeichnete Brzezinski als „irrationale und paranoide Slogans“. Diese Argumentation erinnere „verdächtig an die Demagogie, die vor dem Irak-Krieg verbreitet und mit der dann die Gewalt gerechtfertigt wurde.“

Powell: USA ohne Umsturzplan für Iran

US-Außenminister Colin Powell sagte in einem Interview mit dem Fernsehsender CNBC: „Wir haben keine Pläne für einen Regimewechsel in Iran“. Zwar begrüße Washington „dieses Regime nicht“, es sei jedoch nicht geplant, mit Hilfe der 140.000 im Nachbarland Irak stationierten US-Soldaten nach Iran einzumarschieren. „Wir bereiten keine Invasion im Iran vor“, sagte der Außenminister und betonte, es sei „Sache des iranischen Volkes“ über seine Zukunft und seine Regierung zu bestimmen. Ziel der USA sei lediglich, Iran zur Aufgabe seiner nuklearen Aktivitäten und seiner Unterstützung „terroristischer Organisationen“ zu bewegen.

Bis vor kurzem hatten Vertreter der US-Regierung offen erklärt, einen Regimewechsel in Iran herbeiführen zu wollen. Im September berichtete das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek“, die „Falken“ um Präsident George W. Bush arbeiteten an einem Regimewechsel in Iran hin. Dieser solle mit geheimen Aktionen und wenn nötig auch mit Waffengewalt erzwungen werden.

Powell und Charrasi im Gespräch

Irans Außenminister Kamal Charrasi und sein amerikanischer Amtskollege Colin Powell haben während der Irak-Konferenz in Scharm al-Scheich miteinander ein Gespräch geführt. Ein hochrangiger Vertreter des US-Außenministeriums sagte: „Während des Abendessens haben der Minister und der iranische Außenminister ein höfliches Tischgespräch geführt.“ Allerdings gälten politische Themen wie der Atomkonflikt und die Entwicklung im Irak

nicht als Inhalte eines höflichen Tischgesprächs.

Nicht klar war, ob die beiden Minister zuvor gewusst hatten, wen sie als Tischnachbarn haben würden. Powell gegenüber saß der irakische Außenminister Hoschijar Sebari. Die Tischordnung sei von den ägyptischen Gastgebern so arrangiert worden, sagte ein Vertreter. Doch sowohl in der amerikanischen als auch in der iranischen Presse wurde zuvor die Vermutung geäußert, dass die Außenminister die Gelegenheit zu einem Meinungs austausch, vor allem über das iranische Atomprogramm und die Lage in Afghanistan und Irak benutzen werden. Diese Vermutung wurde von iranischer Seite als falsch zurückgewiesen. Der Sprecher des Außenministeriums Hamid Reza Assefi sagte, ein Gespräch zwischen den beiden Ministern sei nutzlos, Powell habe vier Jahre lang Zeit gehabt, um die Haltung der USA gegenüber Iran zu ändern und „er hatte keinen Erfolg“.

Zwischen Iran und den USA bestehen seit der Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Teheran im Jahre 1980 keine diplomatischen Beziehungen.

Revolutionsführer Chamenei kritisierte die islamischen Staaten

Revolutionsführer Ali Chamenei hat in einer „Botschaft an die islamischen Völker und Staaten“ die arabischen und islamischen Staaten kritisiert und ihr Schweigen über die Militärangriffe gegen Faludscha und andere irakische Städte scharf verurteilt. Chamenei bezeichnete in der Botschaft, die am 18. November von der Nachrichtenagentur IRNA verbreitet wurde, die Lage in Faludscha als „katastrophal“ und die Angriffe der US-Armee als „Verbrechen der Besatzer“ und forderte die Muslime in aller Welt und die islamischen Staaten auf, „ihre Pflichten“ wahrzunehmen. Er unterließ jedoch, konkret zu erläutern, wie diese Pflichtwahrnehmung aussehen könnte.

„Die massenhafte Tötung tausender Kinder, Frauen und Zivilisten, die Hinrichtung von Kriegsverletzten, die Festnahme unschuldiger Bürger, die Zerstörung von Häusern und Moscheen und die permanente Missachtung der Privatsphäre rauben uns den Schlaf und erfüllen unsere Herzen mit Unruhe“, heißt es in der Botschaft. Faludscha

sei erst der Anfang, warnte der Revolutionsführer. Bald würden andere Städte folgen. „All die Verbrechen“ würden damit begründet, dass sich eine Gruppe von Terroristen in der Bevölkerung befinde, meinte der Revolutionsführer. Er stellte die Frage: „Legitimiert die Existenz von Terrorgruppen - sollte die zweifelhafte Behauptung tatsächlich zutreffen - die Tötung von Unschuldigen, die Nichtbehandlung von Verletzten und die Verweigerung, Kinder mit Wasser und Nahrung zu versorgen?“

Chamenei kritisierte die arabischen Staaten und schrieb: „Wie können Leute, die auf die Abschaffung der Todesstrafe gegen Verbrecher stolz sind, Massenhinrichtungen von Unschuldigen hinnehmen? Wie können sich die islamischen und arabischen Staaten wie unbeeiligtete Zuschauer verhalten?“ Sie sollten wenigstens ihre „Proteststimme“ erheben.

Iran würdigt Arafats „herausragende Rolle“ im Kampf gegen Israel

Die iranische Regierung hat den verstorbenen Palästinenserpräsidenten Jassir Arafat für seine „herausragende Rolle“ im Kampf für die Rechte seines Volkes und gegen Israel gewürdigt. „Mit großer Trauer haben wir die Nachricht vom Tode Jassir Arafats erhalten“, hieß es in einer offiziellen Erklärung der iranischen Regierung. Die Nachfolger des Palästinapäsidenten dürften nicht vergessen, dass die Fortführung von Intifada und „Widerstand“ eine „strategische Entscheidung des Volkes“ seien.

Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Hamd Reza Assefi, sprach über den iranischen Satellitensender El Alam dem palästinensischen Volk sein Beileid aus. Arafat habe einen langen Kampf für die Ziele seines Volkes geführt. Die Palästinenser müssten nun ihre Einheit bewahren und dürften Israel nicht ermöglichen, „die Lage auszunutzen, um seine Politik der Aggressionen fortzusetzen“.